

Der Schweinestall der Zukunft

Die Zentralschweizer Kantone fördern den Bau von emissionsarmen Ställen. Ein Musterbeispiel in Ufhusen zeigt auf, wie die künftige Schweinehaltung aussieht.

Reto Bieri

Nach wie vor gelangt zu viel Ammoniak in die Luft. Das schädigt sensible Ökosysteme wie etwa Moore und Wälder. Hauptverantwortlich dafür ist die Landwirtschaft, beziehungsweise Kot und Urin der Nutztiere. Mit einem Anreizprogramm will der Bund diese Emissionen senken. Für tiefere Emissionen setzen sich auch die Zentralschweizer Kantone ein – im Rahmen des Ressourcenprojekts Ammoniak und Geruch. Mit an Bord sind der Luzerner Bauernverband (LBV), der Zentralschweizer Bauernbund und die Gemeinde Hohenrain.

Nebst der Abdeckung von Güllelagern und der Schleppschlauchpflicht setzt man auf den Bau sogenannt emissionsarmer Ställe. Vor einem Jahr haben die Verantwortlichen den ersten Musterstall für Rindvieh präsentiert. Am Montagmorgen luden die Verantwortlichen zur Besichtigung des zweiten Projekts ein, dem ersten Musterstall für Schweine. Bekanntlich ist deren Haltung der wichtigste Landwirtschaftszweig im Kanton Luzern, wo jedes dritte der rund 1,3 Millionen Schweizer Schweine lebt.

Der Musterstall steht in Ufhusen und gehört Kaspar und Esther Sigrist. Vor einem Jahr ergänzte die Familie ihren bestehenden Schweinestall mit einem Anbau des Abferkelstalls und einem Erweiterungsbau des Jagerstalls. Der Hof ist knapp 36 Hektaren gross, davon sind rund 26 Hektaren Ackerfläche. «Für uns war klar: Wenn wir umbauen, dann wollen wir den Betrieb auf den neusten Stand bringen», sagte Kaspar Sigrist.

Erdboden kühlt im Sommer die Stallluft

So wird die Frischluft für den Stall, wo die rund 700 Jungschweine – Jäger genannt – gehalten werden, durch einen darunterliegenden Kanal angezogen. Von dort wird sie unter das Dach geführt und senkt sich in



Esther und Kaspar Sigrist haben auf ihrem Hof einen Musterstall für Schweine gebaut. Das Herzstück ist der schwarze Kasten, die Luftwäschanlage. Bild: Boris Bürgisser (Ufhusen, 11. 3. 2024)

den Stall ab. Mithilfe des kühlen Erdbodens wird die Frischluft im Sommer um bis zu drei Grad abgekühlt, erklärte Markus Bucheli, Berater am BBZN Hohenrain. Er begleitete den Stallbau in Ufhusen als Bau-Coach.

Umgekehrt ist der Effekt im Winter: Dann wird die Frischluft um bis zu 6 Grad wärmer. Die Schweine seien weniger gestresst, weil die Stalltemperatur ausgeglichen ist, keine Zugluft herrscht und die Stallluft sauber ist, sagte Bucheli. Zudem gebe es praktisch keine Geruchsemissionen mehr. Das freue nicht nur die Familie Sigrist, sondern auch die Nachbarn.

Laut Kaspar Sigrist fühlen sich die Tiere wohl im neuen Stall. «Durch die abgekühlte

Luft könnten die Tiere ruhiger atmen und sind weniger gestresst von der Hitze.» Als weitere Massnahme wurde beim Abferkelstall eine Entmistungsanlage sowie eine sogenannte Cool-Pad-Anlage installiert. Mithilfe dieses Wasservorhangs kann die Luft im Sommer gekühlt werden.

Das Herzstück des Musterstalls in Ufhusen ist eine Waschanlage für die Abluft. Mithilfe von Wasser und Mikroben wird die gesamte Luft aus den Ställen von Staub, Ammoniak und Gerüchen gereinigt. Die Ammoniakemissionen werden laut den Verantwortlichen um rund 70 Prozent reduziert.

Das hat allerdings seinen Preis: Rund 100 000 Franken

hat der Biowäscher gekostet. Davon übernimmt das Ressourcenprojekt laut Kaspar Sigrist rund zehn Prozent. Laut den Beteiligten stellen der Bund und die Trägerschaft für das Ressourcenprojekt Ammoniak und Geruch von 2021 bis 2026 insgesamt 5,1 Millionen Franken zur Verfügung. Davon sind 1,2 Millionen für das Teilprojekt Geruch vorgesehen.

Skepsis gegenüber Luftwäschern

Das Ziel sei es, sagte Raphael Felder, Geschäftsführer des LBV und Leiter des Ressourcenprojekts, die Ammoniakemissionen zu reduzieren und gleichzeitig das Tierwohl zu unterstützen. «Mit den Musterställen zeigen

wir auf, was möglich ist.» Sie sollen auch eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis schlagen.

Am Anlass wurde allerdings auch Skepsis geäussert, ob Luftwäschanlagen in Zukunft zum Standard werden. Sie seien teuer in der Anschaffung und im Unterhalt nicht pflegeleicht. Besser sei es, sagte ein Teilnehmer, das Problem an der Wurzel zu packen und die Emissionen im Stall möglichst nicht entstehen zu lassen. Ein anderer bekräftigte: «Das A und O sind möglichst wenig verschmutzte Flächen.» Grund: Wenn sich Urin und Kot mischen, bildet sich schon nach wenigen Minuten das für die Umwelt schädliche Ammoniakgas.

Bewilligungspraxis überprüfen

Ambulante Pflege Betriebsbewilligungen für Pflegedienstleistungen, zum Beispiel von Spiteorganisationen, werden bisher von den Gemeinden erteilt. Mitte-Kantonsrat Daniel Rüttimann (Hochdorf) möchte, dass künftig der Kanton für diese Betriebsbewilligungen zuständig ist. Denn dazu vorangehende Abklärungen seien komplex und würden in den allermeisten Fällen bereits heute an ein entsprechende Kompetenzzentrum delegiert. Geht es nach ihm, soll die ambulante Pflege kantonal geregelt werden. Es mache wenig Sinn, die Kompetenz weiterhin der jeweiligen Standortgemeinde zu überlassen.

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort schreibt, würde die Bewilligungserteilung und Aufsicht durch den Kanton «im Hinblick auf eine bessere Effektivität und Effizienz zwar durchaus auch Vorteile gegenüber dem bisherigen Vollzug durch jede einzelne Gemeinde bieten». Dennoch sieht er keinen dringenden Handlungsbedarf.

Er will aber im Rahmen der KVG-Revision zur einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, die ab 2028 schrittweise in Kraft treten wird, die bestehenden Regelungen über die Pflegeversorgung und -finanzierung überprüfen. «Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, das Anliegen des Postulats in diesem Zusammenhang ebenfalls aufzugreifen», heisst es weiter. Daher beantragt er beim Kantonsrat, das Postulat als teilweise erheblich zu erklären. (sb)

Kommission für Montana-Verkauf

Höhenklinik Der von der Regierung geplante Verkauf der Höhenklinik Montana an das «Swiss Medical Network» kommt bei der Kommission für Verkehr und Bau (VBK) grossmehrfach gut an. Dies teilt VBK-Präsidentin Laura Spring (Grüne, Luzern) mit.

Das Parlament behandelt das Geschäft, das dem Kanton einen Erlös von 12,5 Millionen Franken bringt, in der Session von nächster Woche. (nus)

Regierung will auf Gesamtschau zum Wohnen verzichten

Kantonsrat Fabrizio Misticoni fordert den Regierungsrat auf, die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Doch dieser wiegelt ab.

Susanne Balli

Mieten, die kontinuierlich ansteigen, und tiefe Leerwohnungsziffern: Grüne-Kantonsrat Fabrizio Misticoni (Sursee) macht sich Sorgen um die Wohnungssituation im Kanton Luzern, die sich in den vergangenen Jahren verschlechtert habe und sozialpolitische Spannungsfelder berge. In einer Motion fordert er vom Regierungsrat eine Gesamtschau zum Thema Wohnen. In einem Bericht soll die Regierung aufzeigen, mit welchen

Massnahmen die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt langfristig verbessert werden kann. Dies namentlich in den Bereichen der Raumplanung, Wohnförderung, Liegenschaften- und Grundstückspolitik sowie des Mietrechts.

Der Regierungsrat will jedoch nicht auf Misticonis Forderungen eingehen und beantragt beim Kantonsrat, den Vorstoss abzulehnen. «Massnahmen gegen die Wohnungsnot sind zweifelsfrei wichtig, die Hauptverantwortung dazu liegt aber

grundsätzlich nicht beim Kanton», schreibt die Regierung in ihrer Antwort.

Planungsbericht «nicht das richtige Instrument»

So habe beispielsweise der Bund im Februar einen Aktionsplan gegen Wohnungsknappheit vorgestellt, der eine Situationsanalyse und mögliche Massnahmen enthalte. «Andererseits ist die Wohnbauförderung im Kanton in erster Linie eine kommunale Aufgabe.» Die Gemeinden können laut Regierung innerhalb der

bestehenden rechtlichen Grundlagen «ihre Möglichkeiten zum Beispiel zur Förderung von gemeinnützigem oder genossenschaftlichem Wohnungsbau bereits heute ausschöpfen». Dies zeige sich denn auch darin, dass der Kanton Luzern im Vergleich zu anderen Kantonen «einen hohen Anteil an Genossenschaftswohnungen am gesamten Wohnungsbestand» habe.

Gemäss Regierung sind die Förderinstrumente im Kanton Luzern bekannt und es würden bereits auf kommunaler, kanto-

naler und Bundesebene Anstrengungen unternommen, um Verbesserungen im Bereich des Wohnungsbaus erreichen zu können. Ein Planungsbericht sei «nicht das richtige Instrument für eine Lösung der Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt».

Ebenfalls zur Ablehnung beantragt der Regierungsrat ein Postulat betreffend Wohnbau- und Eigentumsförderung von Fabrizio Misticoni. In diesem fordert er die Regierung auf, mögliche Massnahmen

zu prüfen, um den sozialen Wohnbau und die Wohnbaugenossenschaften zu stärken sowie das Gesetz über Wohnbau- und Eigentumsförderung umzusetzen. Doch der Regierungsrat erachtet zusätzliche kantonale Fördermassnahmen nicht als notwendig beziehungsweise zielführend. Dies «aufgrund der Anstrengungen auf Bundesebene sowie der bereits bestehenden Möglichkeiten auf Gemeindeebene und der beschränkten Möglichkeiten des Kantons» in dieser Sache.